

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4527) vierteljährlich 2,10 Mk., für 2 Monate 1,40 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. exkl. Bestellgeld.

Redaktion: Tauschstr. 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.
Telephon 2721.
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die 5 gespaltene Zeile oder deren Raum mit 25 Pfg., für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pfg. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauschstr. 19/21. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen

Das staatsmännliche Dreigestirn.

* Leipzig, 11. November.

Auch die lederne alte Tante Boß kann einmal Recht haben, und wenn sie meint, das Centrum gleite mit seinem Antrag auf Abänderung der Geschäftsordnung eine schiefe Ebene hinab, so trifft das ohne Zweifel zu. Denn der Vorschlag, die namentlichen Abstimmungen durch Abstimmungen mit Zetteln, wie sie im Frankfurter Parlament gebräuchlich waren, zu ersetzen, wird die Verhandlungen nicht viel vorwärts bringen. Schon werden noch „scharfere“ und „einschneidendere“ Maßregeln in Aussicht gestellt. Kengfällige Gemüter sprechen schon von einem „Selbstmord“ des Reichstags und glauben, aus dem Zusammenstoß der „Obstruktion“ der Linken und der Reaktionsgelüste des Centrums und der Rechten werde eine Reaktion entspringen, die den ganzen Parlamentarismus verschlingen werde. Nein, ein Parlament, das daran untergeht, daß seine Minderheit den ihr gesicherten geschäftsordnungsmäßigen Schutz gegen brutale Unterdrückung durch die Mehrheit in Anspruch nimmt, hätte auch kein Recht auf Bestand. Aber zunächst rückt nicht das Parlament selbst, sondern die Mehrheit die schiefe Ebene hinab. Mit dem Centrum und den Linken rutschen auch die Nationalliberalen, denn „der heilige Paasche“ hat sich schon vor einigen Tagen im Tag für Abänderung der Geschäftsordnung ausgesprochen. Diese Mehrheit, die dem deutschen Volke ungeheure Lasten auferlegt und das Reich in eine unabsehbare Deficitwirtschaft gestürzt hat, will die Brotverteuerung durch gleichzeitige Vernichtung oder Einschränkung politischer Rechte noch empfindlicher machen. Sie will offenbar das deutsche Volk zum Hass gegen sich entflammen, mag das nun bewußt oder unbewußt geschehen. Mag sie es thun!

Noch selten ist seitens boshafter, dümmer und aufgeblasener politischer Kammegieser in den Zeitungen so viel überflüssiges Phrasenwert zurechtgedreht worden, als zur Zeit über die „Obstruktion“ der Linken gegen den Zolltarif. Lassen wir uns auf all das alberne Zeug jener sich unendlich weise dünkenden Kammegieser nicht ein, sondern betrachten wir die Situation wie sie ist.

Die „Aktion“ geht in der Hauptsache vom Centrum aus, ohne dessen Mitwirkung sie gar nicht möglich ist. Die „Macher“ sind die Herren Spahn, Gröber und Wachen, in welsch glanzvollem Dreigestirn die Centrumsleute die Staatsweisheit des seligen Windthorst konzentriert wiedergefunden zu haben glauben. Wenn sie sich nur nicht irren! Drei solcher Juristen können als Staatsmänner mehr verderben, als dreißig Windthorsts wieder gut

machen könnten. Man sieht es ihrem grimmen Auftreten an, daß es ihnen „heiliger Ernst“ ist; sie wollen die Linke zerschmettern — wenn sie können. Aber werden sie es können?

Worum handelt es sich denn eigentlich? Gröber, Spahn und Wachen sind keine „notleidenden Landwirte“; sie haben persönlich kein Interesse am Brotwucher. Was man da und dort über angebliche Motive ihres Auftretens gemunkelt hat, halten wir für dummes Zeug; die Motive ergeben sich klar aus der Situation selbst. Im ganzen Centrum herrscht der politische Gröbhenwahn. Die Herren glauben nämlich, in Deutschland die maßgebende Macht zu sein, weil sie die Mehrheit im Reichstage haben und die Regierung ohne ihren Beistand nichts durchsetzen kann. Daher erachten sie die Zeit für gekommen, ihre Macht und ihren Einfluß in Deutschland zur vollen Geltung zu bringen — sie wollen im Reiche mitregieren und mitverwalten. Das können sie nun auch wieder nicht, ohne daß die Regierung ihnen entgegenkommt. Davon ist aber bisher verdammt wenig zu bemerken gewesen, und der „blamierte Europäer“ Lieber hatte darum jene neumalweise Taktik erfunden, mit der er zu erreichen hoffte, was das Ziel der Sehnsucht der herrschbedürftigen Centrumsleute ist. Während man dem Volke gegenüber durch die gewagtesten demagogischen Hochsprünge sich den Schein der Volks- und Oppositionspartei zu wahren suchte, während die scham- und scrupellose Centrumspresse beinahe tagtäglich dem Volke vorrechnete, daß zweimal zwei fünf sei, suchten die Staatsmänner des Centrums durch große Gefälligkeiten die Regierung sich zu verpflichten. Dieser „Gedanke“, den ein so kluger Kopf wie Windthorst als „Knabenhaft“ von sich gewiesen hätte, erschien seinen Nachfolgern als ein Weisheits-Extrakt erster Güte und sie entschlossen sich deshalb zu den „Unfällen“, die sie so reichlich auf dem Gewissen haben.

Im Centrum ist mancher Großgrundbesitzer, dem die Zölle Vorteil bringen werden. Wie weit die Herren Gröber, Spahn und Wachen an den „Segen“ des Zolltarifs glauben, wissen wir nicht. Ist auch gleichgültig. Diese Herren wollen aber der Regierung den fertigen Zolltarif — und zwar fertiggestellt auf der berühmten „mittleren Linie“ — überreichen. Die „überagrarischen“ Beschlüsse der Kommission waren nur Spiegelschere, denn es sieht jedermann heute ein, daß es sich in Ernste nur um die Regierungsvorlage handeln kann. Mit dieser Vorlage wollen die Staatsmänner des Centrums sich die Regierung von neuem verpflichten und zwar so stark, daß sie diesmal nicht umhin kann, eine Belohnung dafür zu gewähren. Das ist das ganze Geheimnis. Die

Herren Spahn, Wachen und Gröber wollen regieren und verwalten, wenn nicht selbst, so durch andere; sie wollen die Macht der Kirche verstärken, die Schule noch mehr verfinstern, die Fortentwicklung der Wissenschaften hemmen und die Gedankenfreiheit noch mehr verkrüppeln. Diesmal glaubten sie mit ihren „edlen“, „patriotischen“, „gottgefälligen“ Bestrebungen am Ziel zu sein. Da kommt nun diese schändliche Linke mit ihrer „Obstruktion“ und verdirbt den Edlen das Konzept. Welch eine Niederträchtigkeit! Dem muß ein Ende gemacht, der Widerstand der Linken muß um jeden Preis gebrochen werden, sonst geht der ganze Parlamentarismus in die Brüche. Ach, zunächst geht wohl die Staatsmännlichkeit des Dreigestirns, Spahn-Gröber-Wachen in die Brüche!

Denn Graf Bülow ist gewiß kein Bismarck, aber es fehlt ihm nicht an Schlaueit und solchen Gegnern gegenüber bedarf es deren nicht einmal ein größeres Maß. Er hat davon gesprochen, in Bismarcks Bahnen zu wandeln, so weit er dies im Stande sei. Nun, in diesem Falle hat er's leicht. Herr von Bennigsen war gewiß kein Dummkopf und doch hat er sich von Bismarck zwanzig Jahre lang mit einem Ministerportefeuille äßen lassen, das man ihm stets vor die Nase hielt, das aber wie die Früchte des Tantalus zurückwich, sobald er danach griff. Graf Bülow kann ja, wenn er will, dem Centrum seinen Lohn in Gestalt der fakultativen Zulassung einiger Jesuitenpater auszahlen. Im übrigen kann er die Herren mit ihren „Aussichten“ und „Ansprüchen“ warten lassen, so lang es ihm beliebt, und nach den nächsten Wahlen wird er, wenn nicht alle Zeichen trügen, mit ganz anderen Faktoren zu rechnen haben.

So wird es begreiflich, warum es dem Dreigestirn mit dem Zolltarif so fürchterlich pressiert. Darum nimmt man die gewagtesten Auslegungen der Geschäftsordnung vor.

Mag es gehen, wie es will — mit der schiefen Ebene hat es seine Richtigkeit. Und es wird gar nicht einmal lange dauern, bis das staatsmännliche Dreigestirn mit seiner Weisheit drunten angekommen ist.

Politische Uebersicht.

Ein Wendepunkt im französischen Bergarbeiterstreit. Aus Paris wird uns geschrieben: Die fünfte Woche des Bergarbeiter-Generallstreiks beginnt mit einem kritischen Wendepunkt. Die ungerechten Schiedssprüche im Pas-de-Calais und im Norddepartement haben wieder alles in Frage gestellt. Die Arbeiter sind erbittert. Der parlamentarische Erfolg der Streikdebatte, das Kammervotum über die Einleitung einer schiedsgerichtlichen Aktion, hat sich für die etwa 90000 Streikenden der genannten zwei Departements bereits als eine taube Muff

Seuilleton.

(Nachdruck verboten.)

Der Grabenhäger.

Roman von Wilhelm von Polenz.

Auf dem Nachhausewege sah der Grabenhäger eine ganze Weile schweigend neben seiner jungen Frau. Er hatte das deutliche Gefühl, daß Klärchen durch das in Langendamms Gefühlsenttäuschung sei. Merkwürdig! Ihn hatten seine Freunde heute auch weniger gefallen als sonst. Hatten sich die Leute so verändert; oder stellte er neuerdings höhere Anforderungen? — Es war ihm, als müßte er sich darüber rechtfertigen vor Klara.

„Spaßhafte Leute diese Pantins, was?“ sagte er. Klara erwiderte nichts.

„Es hat Dir wohl nicht gefallen in Langendamms?“ fragte er nach einiger Zeit.

„Nein, Erich!“ erwiderte sie mit einem erleichternden Seufzer. „Ich bin so froh, daß wir jetzt nach Haus fahren! Ich glaube, länger hätte ich's nicht ertragen.“

„Ach, sie sind nicht so schlimm! Schade, daß dieser Herr von Rabenberg gerade kommen mußte, der verdaß alles. Malte ist im Grund ein ganz famoser, alter Knabe, wenn er auch mit seinem Schreien etwas auf die Nerven geht. — Was sagst Du eigentlich zu den Damen, Klärchen?“

„Eine einzige ist darunter, die mir gefällt,“ sagte Klara nach kurzer Pause.

„Wer denn?“ fragte er voll Spannung.

„Die Jüngste, Mari heißt sie wohl.“

Karl! — Du spaßest! — dieses ungelente, halb-

entwickelte Ding, die mit ihren Gliedern nicht weiß, wo sie hin soll. Die kann Dir doch unmöglich imponieren, Klärchen?“

„Sie hat so etwas Ehliches; das rührt mich so. Sie möchte so gern gut bleiben, und das wird ihr so furchtbar schwer gemacht.“

„Begriffe ich einfach nicht!“

„Man weiß doch, wie es so einem jungen, unbetretenen Dinge ums Herz ist in dem Alter. Und keine Mutter zu haben!“

„Ich weiß nicht, ich kann mich für Mari nicht begeistern. Total uninteressant, und hübsch auch nicht besonders. Eine richtige Tramplogunda! Na, vielleicht forniert sie sich noch. Aber neben Mira darf man sie nicht sehen. — Wie gefällt Dir denn übrigens Mira?“ fragte er in erzwungen gleichgültigem Tone.

„Frage mich nicht so viel!“

Kriebow bemerkte einen Ausdruck von Unwillen in ihren Zügen.

Sie war also doch enttäuscht! Er hätte sich's ja denken können! — Uebrigens er selbst hatte sich heute auch über Mira geärgert. Die Art, wie die ehemals Bewunderte diesem Herrn von Rabenberg entgegenkam, war doch entschieden ihrer nicht würdig. Hatte sich denn ihr Geschmac so verschlechtert? — Und Klärchen war Miras Benehmen natürlich auch nicht entgangen; Frauen urteilen in solchen Dingen noch viel scharfer. Oder war sie etwa gar wäre es denkbar, daß Klärchen eifersüchtig sei? —

Kriebow überlegte: er hatte sich ja eine ganze Weile mit Mira allein unterhalten. Klärchen hatte das von ferne gesehen, hatte nicht verstehen können, was sie mit einander gesprochen. — Natürlich war es das: daher auch

ihre Bemerkung, daß sie's in Langendamms nicht länger ausgehalten haben würde. — Da hatte man die Versicherung: Klärchen war eifersüchtig. —

Es war ein eigentümlich gemischtes Gefühl für ihn. Im Grunde that sie ihm ja leid, aber dann kitzelte das Bewußtsein, der Gegenstand solcher Besorgnis zu sein, doch wieder auch sein Selbstgefühl. Nachdem er sich genugsam daran geübt hatte, überlegte er sich, daß er Klärchen doch aufklären wolle. Sie sollte sehen, wie unnötig ihre Sorge gewesen sei, daß er ihr keinerlei Anlaß gegeben zu irgend einem Vorwurfe; im Gegenteil, daß er sich musterhaft aufgeführt habe.

Er berichtete ihr also sein Gespräch mit Mira; die als selbstverständlich angenommen habe, daß er mit seiner Frau nach Berlin kommen werde für den Carneval; dabei machte er sich lächerlich über Mira, diese einseitige Weltbame, die sich einbildete, man könne den Winter nirgendwo anders zubringen als in der Stadt.

„Sie hält es einfach nicht für möglich, daß man sich nicht tödlich langweilt, zu weilen auf dem Dorfe. Sie hat nämlich selbst gar keine Interessen, weder häusliche noch irgend welche andere. Geselligkeit, das ist ihr ein und alles. Für den ersten Augenblick hat Mira ja entschieden etwas Anziehendes, das läßt sich nicht leugnen; aber auf die Dauer kommt man doch dahinter, daß sie eigentlich recht leer ist. Elegant ist sie immer noch, das muß man sagen. Uebrigens fand ich sie heute recht passiert.“

„Ich fand, daß sie entzückend ausah,“ sagte Klärchen. „Das Tageslicht ist unvorteilhaft für Mira; man sieht zu sehr, was echt an ihr und was nicht.“

„Du willst doch nicht behaupten, Erich . . .“

Kriebow lachte in sich hinein. „Ich kenne die gute

erwiesen. Und was die übrigen Reviere betrifft, so mußten die nordischen Schiedsgerichte eine ungünstige Rückwirkung auf die noch schwebenden Unterhandlungen ausüben. Kurz, der große Kampf würde jedenfalls seinen unmittelbaren Hauptzweck, die Abwehr der Lohnreduktion, verfehlen, wenn sich die Arbeiter der nordischen Reviere den Schiedsgerichten nicht anvertrauen.

Legteres ist nun nicht geschehen. Der Kongress der nordischen Gewerkschaften zu Lens hat, ohne die Schiedsgerichte formal zu verwerfen, mit großer Mehrheit die Einstellung neuer Unterhandlungen beschloffen. Der Streik wird selbstverständlich fortgesetzt.

Die Mehrheit dieses Beschlusses ist die tatsächliche Nichtanerkennung einer Entscheidung, zu deren Anerkennung sich beide Parteien im voraus verpflichtet haben. Das Streikkomitee von Carmaux, wo sich zur Zeit Jaurès aufhält, hatte an den Abgeordneten Wash, den Vorsitzenden des Lens-Kongresses, ein Telegramm geschickt mit dem dringlichen Rat, die Schiedsgerichte anzuerkennen, trotzdem sie „den gerechten Erwartungen des Bergarbeiter-Protariats nicht entsprechen.“ Der Rat wird begründet erstens damit, daß die Ablehnung der Schiedsgerichte einen „unheilvollen Schlag für das Prinzip des Schiedsgerichts“ in Streifachen bedeuten würde. Zweitens wird auf die anderen Reviere verwiesen, wo die Grubenbesitzer bisher noch die schiedsgerichtliche Aktion verschleppen, also diese ablehnen würden, falls die nordischen Schiedsgerichte von den Arbeitern nicht anerkannt werden sollten.

Man sieht, der Lens-Kongress konnte keinen Augenblick die Tragweite seines Kampfbeschlusses verkennen. Er hat aber trotzdem vorgezogen, es auf eine neue Krastprobe ankommen zu lassen. Und das mit Recht. Das „Prinzip des Schiedsgerichts“ hat ja gerade im gegebenen Falle Fiasco gemacht. Was hingegen die nordischen Bergarbeiter früher an Lohn-erhöhungen erlangt, verdanken sie nicht jenem „Prinzip“, sondern direkten Unterhandlungen mit den Unternehmern, d. h. dem direkten Druck ihrer Organisation. In die Form des Schiedsgerichts umgewandelt, büßt dieser Druck den besten Teil seiner Kraft ein. Im sonderbar entscheidenden „Unparteiischen“ heben sich Druck und Gegenruck der beiden Parteien auf, und zwar um so vollständiger, je unparteiischer er ist oder sich wähnt. Er hält sich daher an formal-juristische Gesichtspunkte, wie es — bestenfalls in bürokratischer Beschränkung — die schiedsrichtenden nordischen Berginspektoren getan haben. . . . Jedenfalls darf die wirtschaftliche Form des Klassenkampfes ebenso wenig an ein schiedsgerichtliches „Prinzip“ gekettet werden, wie dessen politische Form. Und es zeugt von einem gefunden proletarischen Instinkt, wenn die französischen Gewerkschaften im allgemeinen von einem schiedsgerichtlichen Prinzip nichts wissen wollen.

Was die Wirkung des Lens-Kongresses auf die anderen Reviere betrifft, so kann sie zum wenigsten nicht schlimmer sein, als die Wirkung der Anerkennung der Schiedsgerichte gewesen wäre.

Im zweitwichtigsten Streifgebiet des Loire-Departements ist die Schiedsgerichts-Aktion noch vor dem Lens-Kongress auf sehr bezeichnende Schwierigkeiten gestoßen. Die Parteien können sich auf die Wahl des „Unparteiischen“ nicht einigen. Die Arbeitervertreter haben nacheinander den Ministerpräsidenten und den Loire-Präsidenten vorgeschlagen. Die Vertreter der Grubenbesitzer aber wollen nicht ihre Sache „politischen Persönlichkeiten“ anvertrauen. Diese sind ihnen eben nicht unparteiisch genug. Sie schlugen ihrerseits einen hohen Gerichtsbeamten vor, zuerst den Gerichtspräsidenten von Lyon und dann den ersten Vorsitzenden des Kassationshofes. Darauf antworteten die Arbeitervertreter mit der Kandidatur des in ganz Frankreich durch seine humane Rechtsprechung berühmten Gerichtspräsidenten Magnaud, des „guten Richters“ von Châteauneuf-Chierry. Nun lehnten die Compagnien ab. Natürlich! Denn Magnaud ist selbst auf dem Amtsgerechts-Stuhl vom juristischen Formelkram frei und zeigt ein tiefes Gerechtigkeitsgefühl.

In der Haute-Loire und im Puy-de-Dôme haben die Compagnien — ebenfalls schon vor dem Lens-Kongress — das Schiedsgericht rundweg abgelehnt. Endlich in Carmaux will die Compagnie die von den Streikenden mit gewählten politischen Vertretern, den Bürgermeister Calvignac und den Abgeordneten Jaurès, nicht einmal zu den vorbereitenden Unterhandlungen zulassen.

Es wird offenbar noch eines großen Aufwandes von Energie und Kampfmittel bedürfen, um die Krastprobe zu gutem Ende zu führen.

Mira nun schon seit acht Jahren. Als sie damals als Debütantin auftrat — bildhübsch, lebenslustig, keinen Pfennig Geld — hatte sie große Aspirancen. Unter neun Prinzen wollte sie es damals überhaupt nicht thun. Seitdem hat sie manches durchgemacht. So ein halb Duzend Fälschungen ohne Resultat, das zehrt; der Teint wird nicht frischer und das Renomme auch nicht. Es war die höchste Zeit für Mira, daß einer kam, sie zu erlösen; eine wenig angenehme alte Jungfer, fürchte ich, wäre aus ihr geworden.

Hier brach er ab; er hatte bemerkt, daß in Miras Augen Thränen standen. „Was hast Du?“ fragte er befremdet. Jetzt konnte sie doch wirklich nicht mehr eifersüchtig sein, nachdem er so von Mira gesprochen hatte. — „Was hast Du?“ frag's doch, Märchen!

„Die arme Frau!“

„Du bedauerst Mira?“

„Sie thut mir namenlos leid.“

„Weshalb denn? Sie hat ja erreicht, was sie wollte.“

Sie kann ja nun thun und lassen, was ihr gefällt, als verheiratete Frau; und davon macht sie den ausgiebigsten Gebrauch.“

„Ich glaube, daß an ihr viel gesündigt worden ist.“

„Von wem denn nur?“

„Von all den Menschen, die sie zu dem gemacht haben, was sie jetzt ist, und am meisten von ihrem Manne.“

Kriebow war betroffen. Eigentlich hatte sie ja recht: Ulrich war viel mit Schuld daran, daß Mira so extravagante. Obgleich er selbst zu den Verehrern dieser Frau gehört, hatte er im stillen dem Chemann die Langmut oftmals verdacht. Mir sollte so etwas nicht passieren! hatte er dann wohl zu sich gesagt. Erstaunlich blieb es aber doch, wie schnell Märchen das herausgefunden.

Beide schwiegen eine ganze Weile, jedes mit den eigenen Gedanken beschäftigt.

(Fortsetzung folgt.)

Wolffs Bureau meldet noch diese weiteren Nachrichten: Paris, 10. November. Ministerpräsident Combes hat infolge eines Schreibens des Abgeordneten Jaurès die Vergewerkschaft von Carmaux eifucht, sie möge sich nicht länger weigern, mit Jaurès und dem Maire von Carmaux über die Forderungen der Bergarbeiter zu verhandeln. Combes weist darauf hin, daß die übrigen Vergewerkschaften, ohne die geringsten Schwierigkeiten zu machen, mit den Delegierten der Arbeiter in Verhandlungen eingetreten seien. Die Verwaltung der Vergewerkschaft von Carmaux wird sich heute über die auf den Brief des Ministerpräsidenten zu erleitende Antwort schlüssig machen.

Lens, 10. November. Der Sekretär des Syndikats der Arbeiter richtete an den Direktor der Bergwerke in Anzin ein Schreiben, in welchem er diesem mitteilt, daß der Kongress der Arbeiter nicht zufrieden gestellt sei. Man verweigere die Wiederaufnahme der Arbeit und verlange eine neue Zusammenkunft mit den Vergewerksbesitzern, um die Frage der Lohnreduktion zu erörtern. Der Direktor der Bergwerke in Anzin antwortete, durch den Spruch des Schiedsgerichts sei die Erörterung geschlossen. Da die Arbeiter sich geweigert hatten, sich dem Schiedsgerichte zu unterwerfen, obwohl man übereingekommen sei, daß das Schiedsgericht souverän sein solle, so gehe es nicht an, die Frage von neuem wieder aufzurollen.

Lens, 10. November. In mehreren Gruben des Departements Pas-de-Calais wurde heute die Arbeit teilweise wieder aufgenommen. In Lens arbeiten 1095, in Roux 592 Arbeiter.

Wille, 10. November. Etwa 5000 Arbeiter haben in den Kohlengruben des Bassin du Nord die Arbeit wieder aufgenommen.

Zur Eröffnung der Kammer in Belgien wird uns aus Brüssel geschrieben: Die Kammer ist gestern im Zeichen des klerikalen Vormarsches zusammengetreten.

Die Eröffnung der Kammer zählte früher in Belgien zu den großen Ereignissen, deren Feierlichkeit von der bürgerlichen Presse mit Positivenstößen verkündet wurde. Wochenlang vor diesem „großen Tag“ war sie voll des Lobes über den Fleiß ihrer Vertreter, und die beginnende Session besah sie durch die rosigste Brille. Sub dann der „große Tag“ der Eröffnung an, so erschien der König und eröffnete in höchst eigener Person durch eine Thronrede die Session.

Aber dieser idyllische Zustand ist seit fast einem Jahrzehnt in sein Gegenteil gekehrt. Seitdem der Sozialismus in das Repräsentantenhaus seinen Einzug gehalten, hat sich gar vieles geändert. Der thronredende Mund ist verstummt und weißt gewöhnlich „fern von Madrid“. Für die bürgerliche Presse hat dies einst so imposante Ereignis jetzt kaum mehr Bedeutung als ein gewöhnliches Lokalereignis. Sie hat scheinbar alle Freude an ihrem eigenen Stinde, dem Parlamente, verloren. Der Zusammentritt wird von ihr als die Gelegenheit benützt, einen konzentrierten Regen von Klagen auf die nationale „Schwagbude“ niederzulassen zu lassen, weil, wie sie sagt, aus ihr nichts mehr Ersprießliches herauskomme dank der „Bavarderie“ (Quatscherei) „eines Teiles“ ihrer Inassen. „Eines Teiles“ soll hier heißen: die sozialistische Gruppe. Die bürgerliche Presse sucht damit den wachsenden Unmut der Wählermassen über die Unfruchtbarkeit des Parlaments auf die Sozialisten allein abzuwälzen. Diese Lüge hat zu kurze Weine, als daß sie auch nur einige Schritte laufen könnte. Diese Unfruchtbarkeit ist so alt, als das Parlament selbst. Wenn die Unfruchtbarkeit der Parlamente mit Preisen belohnt würde, würde dem belgischen die goldene Medaille zuerkannt sein. Stehen doch gegenwärtig aus vergangenen Zeiten noch 8 Anfragen und 81 Projekte auf der Tagesordnung der Kammer und von den letzteren fristet ein Teil schon seit einem Menschenalter sein unbestimmtes Dasein in der Mappe des Präsidiums. Das älteste harret seit 1855 seiner Erledigung. Man sieht, der österreichische Vadeni hätte im Fortwursteln noch unendlich viel von seinen gestimmungs- verwandten Kollegen in Belgien lernen können.

Der Unmut der Wähler ob dieser Fortwursterei war früher lange nicht in dem Maße wie heute vorhanden, weil deren größte Masse damals infolge ihrer Rechtlosigkeit dem politischen Leben indifferent gegenüberstand. Waren die bürgerlichen Parteien in ihrer goldenen Aera, in der die Interessen der Arbeiter für sie keine Rolle spielten, nicht einmal fähig, die vorliegenden Arbeiten zu erledigen, so sind sie es natürlich noch viel weniger heute, wo die sozialistische Kritik in die muffigen Ecken hineinbläst und wo die Interessen des Proletariats von der Tribüne herab verfochten werden. Im letzten Jahre hatte die Fortwursterei einen Höhepunkt erreicht, der kaum mehr überschritten werden kann. Die Regierung verlangte nur noch Zwölftel des Budgets, um leben zu können. Und die letzten sieben Zwölftel konnten nur noch mit Ach und Krach debattelos votiert werden — kurz vor dem Auseinandergehen der Kammer.

In diesen hummeligen Zuständen tragen so ziemlich alle Parteien schuld. Die Organisation der parlamentarischen Arbeit liegt sehr im argen. Die alten Parteien haben weder den Willen noch ein Interesse, diese zu reformieren. Bietet der status quo doch ein ganz spezifisches Mittel, die Dinge, welche die Arbeiterchaft betreffen, auf den St. Nimmerleinstag zu vertagen und dadurch die Kritik von dort abzuhalten, wo sie am empfindlichsten trifft. Die sozialistischen Abgeordneten haben vor Monaten bezüglich der Reformierung der parlamentarischen Arbeit einen Aufruf genommen. Die bevorstehende Session wird zeigen, inwieweit sie die Hoffnungen erfüllt.

In dem neuen Parlament werden die Liberalen 96, die Liberalen und Sozialisten je 34 und die christlichen Demokraten 2 Sitze haben. Welchen Kurs die Politik steuern wird, ist nicht schwer zu erraten, wenn man die Leute am Regierungsruder kennt.

Die liberale Regierungspartei, aus allen Kämpfen der letzten Zeit siegreich hervorgegangen, hat auf abschbare Zeit die absolute Herrschaft im Parlament. Von der Krone ist eine Intervention, die auf Einschränkung der Macht der Liberalen oder des Mißbrauchs dieser Macht hinausläufe, nicht zu erwarten. Den zahlreichen Leuten, welche vor Monaten sehnsüchtig „von oben her“ Hilfe erwarteten, ist durch die Wahlrechtskampagne der letzte unbegründete Hoffnungsschimmer endlich ausgelöscht worden. Und das war gut so.

Die liberale Partei hat seit den letzten Wahlen ebenso geräuschlos als eifrig gearbeitet und ihre Positionen weit in die oppositionellen Lager hineingeschoben. Selbst die Liberalen werden immer mehr und mehr aus den bis dato

liberal geltenden Domänen der Magistratur, den Richterstellen z. gedrängt. Die offizielle Schule wird dadurch unterminiert, daß die liberalen Agenten durch ihr politisches und ökonomisches Uebergewicht die Familienbäter zwingen, ihre Kinder aus der offiziellen Schule zu nehmen und sie der Priester-schule anzuvertrauen. Noch viele andere Merkmale zeigen deutlich, daß die Liberalen ihre gegenwärtige Macht nur dazu verwenden, ihre Machtsphäre zu erweitern und sie gründlich zu befestigen.

Nach Erledigung der üblichen Formalitäten wird die Regierung vorerst auf die Votierung der Budgets, — es sind deren vierzehn —, bringen, um sich nicht mehr, wie in der letzten Session, in eine Zwangslage drängen zu lassen, in der sie einer geschickteren Opposition vollständig preisgegeben ist und aus der sie sich nur durch Zugeständnisse befreien kann.

Unsere Regierung versteht zweifelsohne das Sparen, wie zum Beispiel auf dem Gebiete des Unterrichts-wesens, an Schulbauten z. Nach anderer Seite hin spendet sie hingegen in vollen Bürgen. Da sind beispielsweise die Ausgaben für die Gendarmerie von 7 1/2 Millionen auf 10 1/2 Millionen, also um eine Million erhöht worden. Die Regierung beabsichtigt, zehn weitere, teilweise industrielle Ortschaften mit je einer Brigade zu heunglücken. Damit soll das Gleichgewicht zwischen der durch Zuzug aus Frankreich gestärkten himmlischen Gendarmerie und der weltlichen wieder hergestellt werden.

Die Erledigung der Budgets wird wohl die Session so ziemlich ganz in Anspruch nehmen. Ein weiterer für die Arbeiterschaft insbesondere wichtiger Punkt, die Unfallversicherung, steht auf der Tagesordnung. Dieser Entwurf wurde 1901 von der Regierung eingebracht. Es ist dies hier der erste Versuch, diese Materie gesetzlich zu regeln. Mit dem gegenwärtigen Zustand verglichen bedeutet der Entwurf für die Arbeiter eher eine Verschlechterung denn eine Verbesserung. Auf jeden Fall aber sind die Unternehmern durch diesen Entwurf besser gestellt als durch den heute geltenden Usus. Ob es gelingen wird, das Projekt zu verbessern, muß füglich bezweifelt werden, da die Regierung schon im voraus verkündet hat, sie werde davon kein Notiz nehmen.

Die bitterste Wille für unsere patriotischen Patrioten ist unbestreitbar der sozialistische Antrag auf Verstaatlichung der entdeckten Kohlenlager in der Campine. An den Pressfrüchten kann man erkennen, welche enorme Entsetzen ihnen schon der ferne Anblick dieser Stelle einflößt. Hat sich doch herausgestellt, daß das Zwanzigste Jahrhundert, das am lautesten gegen die Verstaatlichung schreit und, nota bene, das im Interesse der Konsumenten, des Vaterlandes z. zu thun vorgiebt, hierzu ganz interressante Gründe hat. Der Verfasser des Zwanzigsten Jahrhunderts, der Abgeordnete Felle g u t e und sein Schwiegerohn, der ehemalige Minister und gegenwärtige Kammerpräsident Schollaert, beide Liberalen im schwärzesten Sinne des Wortes, haben eine Gesellschaft zur Ausbeutung jener Kohlen- und Mineralminen gegründet und Eingaben um Konzessionen gemacht.

Und wie die Dinge sich heute übersehen lassen, stehen noch ähnliche Ueberraschungen bevor, die den Patriotismus, nicht nur von noch weiteren Leuten von dem Gewicht eines Felle g u t e und Schollaert, sondern auch noch von viel höher stehenden Personen in ein höchst sonderbares Licht stellen wird.

In Anbetracht dieser Situation der Patrioten kann man begreifen, warum unsere liberalen Minister, Senatoren und Deputierte am nächsten Dienstag eine Messe lesen lassen, um, wie es im Patriote heißt, „den Segen des Himmels auf die Arbeit der Gesetzgebung herabzulassen“.

Deutsches Reich.

Parlamentarische.

Aus dem Reichstage.

D. Berlin, 10. November. Das war heute ein Abstimmungstag in Reinkultur; es gab nichts anderes als Abstimmungen, und nur der Unterschied zwischen namentlicher und einfacher Abstimmung durch Erheben oder Sitzenbleiben war eine kleine Abwechslung. Und der Schluß war eine Genußthung sondergleichen für die Linke, denn die Herren der Mehrheitspartei, die die Geschäftsordnung umstürzen und ihren Haub so schnell als möglich in Sicherheit bringen wollen, haben nicht einmal die Kraft gezeigt, ihre Herde zusammenzubringen, obwohl die großen Ereignisse dieser Tage mit Flammenschrift vorausverkündet wurden.

Die erste namentliche Abstimmung zeigte eine Anwesenheit von 219 Abgeordneten, die zweite eine solche von 224 und um diese Zahlen pendelten die anderen, bis sich schließlich um 1/4 Uhr nur noch die Anwesenheitsziffer 191 ergab und die Sitzung abgebrochen werden mußte. Der Präsident, der wohl einseh, daß Telephon, Telegraph und Droschke heute keine zehn Mann mehr herbeischaffen würden, hätte sich deshalb wohlweislich, heute noch eine zweite Sitzung festzusetzen und so mußte das Haus bis morgen um 12 Uhr auseinandergehen. Wer aber weiß, ob es morgen schon besser gehen wird?

Die lex Altbichler.

Herr Altbichler ist in den letzten Tagen plötzlich zu einer parlamentarischen Berühmtheit geworden: sein Name prangt an der Spitze von 150 Reichsgesetzgebungen; er ist der Widderkopf des Sturmbocks, der gegen die Felle und Grundvesten der Reichsverfassung anrennen soll. Herr Altbichler kommt zu dieser hohen Ehre zunächst durch die höhere Vorlesung des Alphabets; allein er hat auch schon seine persönliche Qualifikation erwiesen, mit seinem Kopf gegen Niegelwände anzustürmen; so hat er bereits einmal dem bayerischen Landtag ein Maulkorbgesetz zugemutet, um die Autorität des Parlamentarismus Dr. Oetiker zu schlingen. Damals ist Herr Altbichler nicht durchgedrungen; dafür giebt er jetzt im Reichstag der Umsturzkampagne der Vrohocherer Kopf und Namen.

Vereits am Schluß der gestrigen Sitzung des Reichstags erwartete man einen stürmischen Zusammenstoß. Es verlaute, die Mehrheitspartei werden versuchen, ihren Antrag auf Umsturz der Geschäftsordnung auf die Tagesordnung zu setzen. Da sich aber die agrarischen Herrschaften aus den Abend zurückzogen, war das Haus nicht mehr beschlußfähig, und so mußte der Sturmbock nochmals außer Aktion gesetzt werden.

Dafür soll heute der Tanz losgehen. Wenn man schon einmal die Geschäftsordnung vergewaltigen will, so braucht man sich auch nicht mehr weiter mit parlamentarischen Cerimonien aufzuhalten. Da ist der § 35 der Geschäftsordnung, der verlangt, daß alle Anträge in der Reihenfolge zur Verhandlung kommen, in der sie eingebracht worden sind. Nun liegen ein

solcher Anträge, insbesondere von sozialdemokratisch...

Selbstverständlich wird die Linke nach wie vor den Stand...

Unmöglich zu sagen, daß sich auf den Antrag Nibbichler nun...

Daß die Geschäftsordnung des Reichstags durch drei Jahr...

Dieser gleichgeschaltete Chimborasso-Standpunkt wirkt in einem...

Noch deutlicher wird die Kreuzzeitung. Die Krauzunker...

Wir haben im Laufe der Jahre mehr und mehr die Heber...

Das soll zwar nur eine Drohung sein; allein kein Mensch...

Die Düsseldorf Stadtverordnetenwahlen

haben einen merkwürdigen Verlauf genommen. Während sich...

Es ist drollig zu lesen, wie jede dieser Gruppen für sich...

Nachdem sich bereits die christlichen (Hauschuh)-Arbeiter...

Obwohl nun diese Kandidatur für die Arbeiter aus unseren...

In einem in Massen verbreiteten Flugblatt, unterschrieben...

Was aber erleben wir von der Centrunspartei, der Partei...

Wir müssen erleben, daß dieselbe ihrem Programm...

von derselben in jeder erdenklichen Weise begünstigt; in dem über...

Dieses auf den Handwerksmeister angewandt, welcher nicht...

Daß die Lehre von den Arbeitern befolgt wird, ist zu begreifen...

Wenn weiter verzeichnet werden muß, daß in dem offiziellen...

Wohl gemerkt, daß schreibt der christlich-ultramontane...

Und umgekehrt auch. Ist das Centrum für die christlichen Arbeiter...

Ist das Centrum für die christlichen Arbeiter und stellt es...

Wir setzen zu und machen gewaltige Fortschritte. Nur wer hier...

Wir Sozialdemokraten aber stehen uns sehr gut hierbei.

* Berlin, 11. November. Um den Bürgermeisterposten...

Das wesentlichste Hindernis für die Einführung der...

Dieses Hindernis ist allerdings sehr „wesentlich“, die Herren...

Zur Entscheidung über den principiellen Inhalt des...

Der Verein schlesischer Journalisten und Schriftsteller hat...

Deutsche Hochschulen unter russischer Polizeiaufsicht?

Neben einem Parallellfall zu der neuerlichen Enthüllung über...

Der Fall bedarf dringend der Aufklärung. Es fragt sich,

Bei der gestrigen Landtagswahl in Heilbronn-Amt...

o. Wieder ein Geschehen. In einer Volksversammlung...

Zwist im Centrumslager. Aus Krefeld wird uns ges...

öffnet, als ein Kaplan, Dr. Hohns, Bureauwahl verlangte, wie...

Ihren Zweck haben die Madamacher aber doch nicht er...

Offizierschre und Nichterschre. Aus Baden schreibt uns...

g. Die Gemeindevahl in Nürnberg wird sehr interessant...

G. Aus Elßah-Lothringen, 10. November. Für den...

Schweiz. Die Nationalrats-Wahlen.

In St. Gallen wurde in der Stichwahl zum Nationalrat...

Soziale Rundschau. Gewerkschaftliches.

Aufruf an alle (Mohair-) Doppel-Wäscheher Deutsche...

Erwerbt das Bürgerrecht!

Dierzu zwei Beilagen.

Konsumverein L.-Plagwitz und Umgeg.

Eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht.

Die in der Generalversammlung vom 28. September d. J. festgesetzte

Dividende von 10 Prozent nahe an 900 000 Mark

gelangt zur Auszahlung und ersuchen wir die geehrten Mitglieder, denen **Kohlenlieferungen** und **Darlehen** aus dem Dispositionsfonds abzurechnen sind, Mitgliedsbücher oder blaue Karten Nr. 1 bis 12000 am 11. Novbr., Nr. 12001 bis 16000 am 12. Novbr., Nr. 16001 bis 21000 am 13. Novbr., Nr. 21001 bis 28000 am 14. Novbr., Nr. 28001 bis 40000 am 15. Novbr. d. J. im **Comptoir, L.-Plagwitz, Jahnstrasse 69**, vorzulegen.

Auszahlungszeit:

vormittags 8 bis 12 Uhr, nachmittags 2 bis 6 Uhr.

Die Mitglieder mit Abrechnungsarbeiten haben, wenn sie obenangegebene Tage versäumen, bis nach dem 6. Dezember zu warten, bevor Auszahlung des Restbetrages der Dividende erfolgt.

Dividenden-Auszahlungstage:

Nr.	1 bis	3500	am	17. November	Nr.	17501 bis	19500	am	26. November
"	3501	" 6500	"	18. "	"	19501	" 21500	"	27. "
"	6501	" 9000	"	20. "	"	21501	" 23000	"	28. "
"	9001	" 11500	"	21. "	"	23001	" 24500	"	29. "
"	11501	" 13500	"	22. "	"	24501	" 31000	"	1. Dezember
"	13501	" 15500	"	24. "	"	31001	" Schluss	"	2. "
"	15501	" 17500	"	25. "					

in L.-Plagwitz, Braustrasse 26, parterre.

Für die in der **Ostvorstadt** wohnenden Mitglieder erfolgt die Auszahlung der Dividende:

Nr.	1 bis	27000	am	3. Dezember
"	27001	" 28500	"	4. "
"	28501	" 30000	"	5. "
"	30001	" Schluss	"	6. "

in der Silberpappel, L.-Volkmarsdorf, Kirchstr. 17.

L.-Plagwitz, den 10. November 1902.

Der Vorstand.

Reichstag.

212. Sitzung. Montag den 10. November 1902.

Im Bundesratsstich: Graf v. Posadowsky.

Die zweite Beratung des Zolltarifgesetzes

wird fortgesetzt. Zunächst erfolgen die namentlichen Abstimmungen über die zu § 5 gestellten Anträge Albrecht (Soz.) und Dr. Müller-Reintgen (Frei. Vp.) und Gothein (Frei. Vp.)

Der Antrag Albrecht (Soz.) und Genossen, der die Zollfreiheit für die von deutschen Fischern gefangenen Fische, Robben etc. auf die von Belgoländer Einwohnern gefangenen Fische, Robben etc. ausdehnen will, wird mit 165 gegen 54 Stimmen abgelehnt. Die Präsenziffer beträgt also 219.

Ein Antrag Gothein (Frei. Vp.) die Worte „Von der Zollfreiheit ausgeschlossen sind die in fremdländischen Küstengewässern gefangenen Schals- und Krustentiere“ zu streichen, wird gegen die Stimmen der Linken abgelehnt; ebenso ein Antrag Albrecht (Soz.) und Genossen, der gebrauchte Kleidungsstücke und Wäsche auch zur gewerblichen Verwendung zollfrei eingehen lassen will.

Ein weiterer Antrag Albrecht will die Beschränkung „jedoch nur ausnahmsweise auf besondere Erlaubnis“ in der Bestimmung streichen, daß gebrauchte Gegenstände von Anwohnern zur eigenen Benutzung zollfrei sein sollen. Die Abstimmung hierüber ist eine namentliche.

An der Abstimmung beteiligten sich 224 Abgeordnete. Der Antrag Albrecht wird mit 160 gegen 64 Stimmen abgelehnt.

In einfacher Abstimmung werden abgelehnt der Antrag Albrecht u. Gen. (Soz.), der Ausstattungsgegenstände, Braut- oder Hochzeitsgeschenke auch ohne besondere Erlaubnis zollfrei lassen will, ebenso der Antrag Albrecht (Soz.), der auch bei gebrauchten Sachen, die als Erbschaftsgut eingehen, die besondere Erlaubnis streichen will.

erner wird in einfacher Abstimmung abgelehnt der Antrag Gothein (Frei. Vp.) zu Ziffer 7, der den Bedarf von Schiffsmannschaften nicht nur für zwei Tage, sondern für unbegrenzte Zeit zollfrei lassen will.

Ueber den Antrag Albrecht u. Gen. (Soz.), der den Schiffsbedarf für eine Woche zollfrei lassen will, wird namentlich abgestimmt. An dieser Abstimmung beteiligten sich 216 Mitglieder. Der Antrag wird mit 160 gegen 56 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag Albrecht u. Gen. (Soz.), der in Ziffer 10 nicht nur Proben von Kaffee, Kakao, Zucker, Rohrzucker und getrockneten Früchten bis 350 Gramm, sondern alle Proben von Nahrungs- und Genussmitteln bis 350 Gramm zollfrei lassen will, wird in einfacher Abstimmung abgelehnt.

Der Antrag Albrecht u. Gen. (Soz.), wonach in Ziffer 11 Kaufschancen außer für öffentliche Kaufanfragen auch für private Anstalten, die dem allgemeinen Besuch zugänglich sind, zollfrei bleiben sollen, wird in namentlicher Abstimmung bei einer Präsenziffer von 214 Abgeordneten mit 157 gegen 57 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag Gothein (Frei. Vp.), der auch altertüml. Gegenstände (Antiken, Antiquitäten) für Sammlungen zollfrei lassen will, wird in einfacher Abstimmung abgelehnt.

Der Antrag Albrecht u. Gen. (Soz.), wonach von der Zollfreiheit alle Luxusfahrzeuge (nicht nur Winnetoes und Flussfahrzeuge für Jagdzwecke) ausgeschlossen sein sollen, wird in namentlicher Abstimmung bei einer Präsenziffer von 191 mit 149 gegen 42 Stimmen abgelehnt.

Das Haus ist also nicht beschlußfähig. Präsident Graf Ballestrem beraumt die nächste Sitzung am Dienstag 12 Uhr.

(Fortsetzung der heutigen Beratung.)

Ein neuer potenziertes Fall Kulenkampf.

Der Braunschweiger Landeszeitung wird aus Braunschweig von folgendem empörenden Vorfall berichtet:

Herr Karl Lampe, Inhaber des Braunschweigischen Grundbesitz-Verkehrsinstituts, Augustplatz 9 hier, übersendet uns mit der Bitte um Veröffentlichung die Abschrift einer von ihm an den preussischen Justizminister gerichteten Beschwerde, der wir folgendes entnehmen: „Ich bin von dem Zahlmeister Nigau in Celle wegen brieflicher Verleumdung verklagt worden. Am 17. September morgens 1/2 Uhr sollte Termin beim Amtsgericht Celle stattfinden, den ich veräumte, da ich den Termin auf meinem Abreißkalender irrtümlicherweise falsch notiert hatte. Als ich dieses bemerkte, war es bereits 9 Uhr und ich konnte daher zum Termin nicht mehr erscheinen, setzte aber das Amtsgericht Celle unter Angabe des Grundes telegraphisch davon in Kenntnis, da mir ein anderes Mittel nicht zur Verfügung stand. Am 30. September morgens 1/28 Uhr wurde ich, ohne daß mir ein Haftbefehl zugestellt worden wäre, verhaftet, um nach Celle transportiert zu werden. Ich legte telegraphisch dagegen Beschwerde beim Amtsgericht Celle ein unter der Begründung, daß ich Familienvater, Bürger und Grundbesitzer, sowie auch kautionsfähig sei, erhielt aber trotz bezahlter Rückantwort keine Nachricht. Ich wurde nun, ohne etwas genossen zu haben, 12 Uhr 23 Min. — so lange hatte ich mich auf der hiesigen Polizeidirektion aufhalten müssen — der sogenannten Gendarmenkorrespondenz übergeben und in einem Coupé mit Verdrehern und zerklümpert aussehenden Menschen befördert. Anstatt nach Celle, wurde ich zu meinem Entsetzen nach Hannover transportiert. Hier angekommen, wurde ich mit etwa 50 Personen in einen Transportwagen gepackt, der wohl unter normalen Verhältnissen nur für die Hälfte Raum hat, und in das Polizeigefängnis abgeliefert. Dort ging es wüst her. Ein Unterbeamter riß mir, ohne mich vorher zu fragen, den

Nack auf, nahm mir zugleich meinen Hut vom Kopf und warf in ihn die in meinen Taschen gefundenen Sachen hinein; den Hut mit den Utensilien stellte er dann auf einen recht schmutzigen Tisch. Den auf dem Flur im Kreise herumstehenden wurde dann Essen in wenig appetitlich aussehenden Schüsseln gereicht; ich habe selbstverständlich darauf verzichtet, da für einen gebildeten Menschen schon der Anblick ekelerregend war. Bald darauf teilte ich mit einer zerklümpert aussehenden, wegen Einbruchsdiebstahls festgenommenen Person den mir angewiesenen Raum. Hier herrschte ein Duft, der mich fast übel machte. Als Quelle des Gestankes fand ich dann einen in der Ecke stehenden, seit langem nicht geleerten Abort. Mein wiederholtes Klopfen — Klingelzug etc. ist nicht vorhanden — fand kein Gehör. Gegen Abend, ungefähr um 1/26 Uhr, kamen noch drei, wie ich hörte, zu mehreren Jahren verurteilte, mich anwidernde Personen hinein. Zugleich wurden fünf Strohsäcke, die den Raum vollständig ausfüllten, als Nachtlager heringebracht. Zu dieser Zeit wurde dann auch der erwähnte Abort auf meinen Hinweis geleert. Was nun durch den Abort entfernt war, entströmte dem Nachtlager. Ich verbrachte die Nacht sitzend auf einer Bank. Freilich morgens 5 Uhr sollte ich mit einem Transport nach Celle gebracht werden. Wie jeder zivilisierte Mensch, so hatte auch ich das Bedürfnis, mich zu waschen, fand aber hierzu keine Utensilien. Endlich machte mich einer der Anwesenden auf ein in der Ecke stehendes Bierfaß (25 Liter) aufmerksam, das gewiß als Waschgerät dienen sollte. Zur Bequemlichkeit stellte ich dieses Gefäß auf die Bank, um dann Toilette zu machen. Das darin befindliche Wasser war total faul. Als ich dieses dem Aufseher mitteilte, erhielt ich zur Antwort, wenn mir das nicht passe, möchte ich mir frisches holen. Es sollte aber noch besser kommen. Kurz vor Abgang des Transportes wurden wir zu zweien aufgestellt und ich mit einem nach Celle ins Zuchthaus kommenden Menschen mittels Kette zusammengefasst. Als ich hiergegen Widerspruch erhob und darauf hinwies, ich sei nur wegen Terminverfehlung in Haft genommen, erwiderte der Beamte: „Freundchen, das macht nichts, wir bilden ja gesellschaftliche Gesellschaft!“ So mußte ich mich denn wohl oder übel darin finden und die Fesseln wurden mir erst im Eisenbahnwagen gelöst.

In Celle angekommen, mußte ich mich vor einem noch jugendlichen Beamten ausziehen und mich sogar des Hemdes, der Schuhe und der Strümpfe entledigen, wie er sagte, um festzustellen, ob ich nicht Hautkrank sei. Als ich mich wieder angekleidet hatte, bat ich, sofort einem Richter vorgeführt zu werden, da ich bereits von Braunschweig aus telegraphisch gegen den Haftbefehl Beschwerde eingereicht hatte. Dieses wurde jedoch zurückgewiesen mit dem Bemerkten, die Richter seien jetzt zum Schöffengericht zusammengetreten. Ungeduldig bat ich nun um Schreibmaterial und reichte ein Gesuch schriftlich ein, das ich nachmittags urchriftlich zurück erhielt mit dem Hinzufügen, daß das Amtsgericht unzuständig sei und die Akten mit der Beschwerde per Eilboten zum Straßenat Rineburg gesandt seien; das war am 1. Oktober. Noch am selben Tage telegraphierte ich — auf Anraten des Herrn Amtsgerichtsrats Möldeke — außerdem mit etwa 60 Worten, indem ich Kaution anbot, nach Rineburg und bat um Freilassung, erhielt aber, trotz bezahlter Rückantwort keinen Bescheid. Erst am 4. Oktober, nachdem ich noch mehrere Depeschen nach Rineburg gesandt hatte, wurde mir seitens des Amtsgerichts Celle mitgeteilt, daß meine Beschwerde zurückgewiesen sei. Diese Nachricht wurde von Rineburg mittels Depesche auf vorhergegangene telegraphische Anfrage des Amtsgerichts gegeben. Die fraglichen Akten mit der schriftlichen Verfügung trafen aber erst beim Amtsgericht Celle am 7., nachmittags um 4 1/2 Uhr, also sieben Tage nach Einreichung meiner Beschwerde von Rineburg ein.

Inzwischen, am 5., nahm ich mir den Dr. jur. Naumann in Celle als Rechtsbeistand; dieser that nun für mich die weiteren Schritte und veranlaßte, daß am 8. eine Schöffengerichtssitzung in meiner Sache anberaumt wurde. In diesem Termin beantragte mein Verteidiger, da zwischen mir und dem Verleumdungskläger Nigau ein mit dieser Verleumdungsklage eng verbundener Forderungsprozess in Höhe von rund 40 000 Mk. beim hiesigen Gericht schwebt, die Verleumdungsklage so lange anzusetzen, bis der erwähnte Prozeß beendet sei und außerdem um meine sofortige Freilassung. Ersteres wurde genehmigt, letzteres jedoch verworfen. Nach dieser Theorie hätte ich eventuell noch jahrelang in Haft verbleiben müssen! Mein Verteidiger rief nunmehr die höchste Instanz, das Oberlandesgericht Celle, in meiner Sache um Aufhebung des Haftbefehls an, das dann am nächsten Tage, also am 9., mittags 12 1/2 Uhr, meine sofortige Freilassung verfügte. So war es denn möglich, daß ich wegen Terminverfehlung, — trotzdem ich das einzige mir in diesem Falle zur Verfügung stehende Entschuldigungsmittel, die Depesche, angewandt hatte, die in Celle eintraf, als das Schöffengericht noch tagte, 10 Tage in Haft behalten wurde.“ Herr Lampe erklärt am Schluß, daß er wegen dieser Verhaftung, die er unter den obwaltenden Umständen für

ungerechtfertigt halten müsse, Schadenersatz beanspruchen werde.

Selbst die Braunschweiger Landeszeitung, ein Ordnungsblatt, sagt: „Derartige Zustände sind himmelschreiend und müssen unbedingt abgeschafft werden. Der Fall Lampe ist hundertmal schwerer und empörender als der Fall Kulenkampf.“

Über wieviel ähnliche Fälle mögen unbemittelten Leuten passieren, die nicht in der Lage sind, alle Hebel in Bewegung zu setzen, und die deshalb derartige Folterqualen vom Anfang bis zu Ende durchkosten müssen. Es steht zu erwarten, daß der Schilderung des Herrn Lampe die amtlichen Erklärungen auf dem Fuße folgen.

Ueber einen neuen, geradezu haarsträubenden Fall, der einer anständigen Frau in Altona passiert ist, berichtet die Frankfurter Zeitung:

„In fast unglaublicher Weise ist eine anständige Frau von der Altonaer Polizei behandelt worden. Die Dame, Tochter eines Kommerzienrats in Würzburg und früher in guten Verhältnissen lebend, ist von ihrem Manne verlassen worden und geschieden: sie lebt allein in beschränkten Umständen. Es wurde gegen sie, wie sich später herausstellte, grundlos Anzeige wegen Betrugs erstattet. Sie sollte deshalb zur Vernehmung auf die Polizei gebracht werden. Die mit ihrer Abholung beauftragten beiden Kriminalschutzleute erschienen bei der Dame morgens, trafen sie noch in Morgenkleidung, ließen ihr aber nicht Zeit, sich für die Straße anzuziehen, sondern zwangen sie, mitzukommen. Wegen ihres angeleglichen Sträubens hierbei wurde gegen sie eine Klage des Widerstandes gegen die Staatsgewalt erhoben, worüber am 7. d. Mis. verhandelt wurde, während die erste Anklage wegen Betrugs zurückgezogen worden war. Bei der Verhandlung erzählte die Dame unter Thränen, wie es ihr auf der Polizei ergangen war. Von einem Polizeiarzt oberflächlich untersucht, wurde sie für geschlechtskrank erklärt und in das städtische Krankenhaus gebracht, und zwar in die Abteilung, in der die erkrankten Prostituierten behandelt werden. Trotdem sie versicherte, gesund zu sein, wurde sie auch der Kur für kranke Frauen unterworfen. Inzwischen hatte der Anwalt, der einen Prozeß um ihr Vermögen für sie führte, von der Verhaftung Kenntnis erhalten, stellte ihren Aufenthalt fest und erhielt im Krankenhaus von dem behandelnden Arzte die Auskunft, daß die Verhaftete völlig gesund sei. Trotdem wurde ihre Entlassung aus dem Krankenhaus von der Polizei verweigert auf Grund der ersten Untersuchung des Polizeiarztes. Der Anwalt that alles, was er vermochte, aber erst nach elf Tagen wurde sie aus dem Krankenhaus und gegen eine Kaution von 1000 Mark auch aus der Haft entlassen. Die Kaution wurde bald zurückgezahlt, nachdem die Beschuldigung, wegen deren die Dame elf Tage unter den öffentlichen Dürnen hatte zubringen müssen, als unbegründet erkannt worden war. In der ferneren Verhandlung ergab sich, daß auch von einem Widerstande gegen die Staatsgewalt gar keine Rede sein könne. Auf Antrag des Amtsanwaltes selbst wurde auf kostenlose Freisprechung erkannt. Auch die Kosten der Verteidigung beantragte der Verteidiger der Staatskasse aufzuerlegen, weil das jeder Beschreibung spottende Verfahren der Polizei einen Rechtsbeistand notwendig gemacht habe. Das Gericht erkannte auch diesem Antrage gemäß.“

Der Anwalt beabsichtigt, im Namen seiner Mandantin die Altonaer Polizei wegen widerrechtlicher Freiheitsberaubung, Beleidigung und Körperverletzung zu verklagen.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Ein großer Teil der Arbeiter, besonders aber die Kleinhandwerker und Kleingewerbetreibenden zeigen trotz aller Anregungen eine staunenswerte Gleichgültigkeit. Auf diese traurige Erfahrung, die man jederzeit machen kann, muß auch gelegentlich der Vorbereitungen für die kommenden Stadtverordnetenwahlen hingewiesen werden. Was man erst kürzlich wieder bei der Bewilligung der 50 000 Mk. aus dem allgemeinen Stenerfädel, und auch vordem oft bei anderen Gelegenheiten beobachten konnte, sollte jeden Wähler veranlassen, sich die Kandidaten bei der bevorstehenden Stadtverordnetenwahl recht genau anzusehen. Wirklich volksfreundliche Kandidaten werden nur von der Sozialdemokratie vorgeschlagen. Unsere Mitbürger, die Kleinhandwerker und Gewerbetreibenden und selbst ein großer Teil der Arbeiter sollten darum endlich das Gruseln vor der Sozialdemokratie verlieren. Diese Volksschichten sollten mehr Interesse für die sie betreffenden Angelegenheiten bekunden. Aber vielfach wird gar nicht danach gefragt, ob z. B. der Besitzer eines Lokals, dem man durch Besuch von Vergnügungen etc. das Geld zuträgt, seinen Saal zur Abhaltung von Besprechungen auch nur rein wirtschaftlicher Angelegenheiten zur Verfügung stellt. Der Kampf der Arbeiterklasse um Gewinnung geeigneter Lokale scheitert meist an der Interesslosigkeit einzelner Arbeiter. Die Vergnügungslöcher werden in der Regel von Arbeitern besucht, die blind und taub sind für das geistige Leben, das sich neben ihnen abspielt. Die Herren Wirte können leider aber mit Recht immer aus ihrer von Arbeitern besuchten Lokale verweisen. Darum Arbeiter Zeitplatz, legt eure Gleichgültigkeit beiseite und zeigt auch bei der bevorstehenden Stadtverordnetenwahl, daß ihr eure Interessen nur von Leuten vertreten lassen wollt, die das Wohl der Gesamtheit im Auge haben, und das sind die Kandidaten der Sozialdemokratie. H.

Neben anderen Gelegenheitskäufen unter Wert sollen die Winterwaren aus



2 Konkurs-Massen



der Herren- und Knaben-Garderobe-Branche und zwar der Firma J. Katzko & Co., Plagwitz, und der Firma S. Joseph, Dresdener Straße 33, in möglichst kurzer Frist verkauft werden. — Die Bestände der Konkursmasse S. Joseph kommen zu und unter Taxpreisen zum Verkauf. Die Preise in beiden Lägern stellen sich wie folgt:

Herren-Anzüge	statt Mk. 12-45 jetzt für Mk. 8-28	Herren-Loden-Joppen	statt Mk. 5.50-20 jetzt f. Mk. 3.50-10	Leibchen-Hosen	von 50 Pfg. an
Herren-Winter-Paletots	statt Mk. 18-48	Knaben-Paletots und Anzüge	statt Mk. 8-19	Normal-Hemden und -Hosen	statt Mk. 1-3
Herren-Beinkleider	jetzt für Mk. 7 1/2-29 statt Mk. 8-18	Arbeiter- u. Schlossergarderobe	jetzt Mk. 1.50-9	Hosenträger	jetzt Mk. 1, 1.50, 2-8 (Seide)
	f. f. Mk. 1.50-8.50		von 70 Pfg. an		jetzt 45, 70, 90 Pfg.

Verkaufszeit: 9-1/2 und 3-8, Dresdener Strasse 33 und Zschochersche Strasse 26, Leipzig-Plagwitz.

